



**Sieg ohne Erfolg? Ahmadinejads schwierige politische Zukunft  
Zu den Parlamentswahlen im Iran vom 14. März 2008**

**Von Marcus Michaelsen \***  
April 2008

- Die erste Runde der 8. Parlamentswahlen im Iran endete am 14. März mit einem Sieg konservativer Kräfte, die nun zwei Drittel der Abgeordneten stellen.
- Dennoch muss Präsident Ahmadinejad künftig mit mehr Widerstand rechnen, da sich eine Fraktion gemäßiger Konservativer gebildet hat, die seiner Außen- und Wirtschaftspolitik kritisch gegenüber steht.
- Trotz einer massiven Vorauslese ihrer Kandidaten konnten die iranischen Reformer eine Minderheit im Parlament und somit ihren Fortbestand innerhalb der politischen Institutionen sichern. Sie wirken aber insgesamt uneins und geschwächt.
- Das iranische Regime und Revolutionsführer Khamenei erscheinen nach den Wahlen stabil und gefestigt. Gleichwohl prägen Debatten über den Machtzuwachs von Militär und Revolutionsgarden die politische Elite des Landes.

Knapp 44 Millionen Stimmberechtigte waren zu den iranischen Parlamentswahlen am 14. März aufgefordert, um die Abgeordneten für die 290 Sitze des Majles zu wählen. Im Iran wie auch im Ausland galten die Wahlen als Test für Staatspräsident Mahmud Ahmadinejad, der sich im kommenden Jahr zur Wiederwahl stellen muss. Zentrales Thema der Parlamentswahlen war daher die kritische Begutachtung der Wirtschaftspolitik von Ahmadinejad. Entgegen anders lautender Wahlversprechen und trotz Rekordeinnahmen aus

der Ölförderung hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes seit Amtsantritt des radikalkonservativen Präsidenten vor zweieinhalb Jahren deutlich verschlechtert. Doch auch die Außenpolitik Ahmadinejads wird hinterfragt: mehr und mehr gilt seine aggressive Rhetorik als Grund für die internationale Isolierung des Landes im Streit um das Atomprogramm.

Die Anhänger des Präsidenten stellten sich mit der Bezeichnung „Vereinte Front der Prinzipientreuen“ zur Wahl. Neben ihnen trat aber noch eine zweite konservative Fraktion, die „Übergreifende Koalition der Prinzipientreuen“ an, welche sich ausdrücklich die Kritik an der Amtsführung Ahmadinejads zum Ziel gesetzt hatte. Die Spitzenkandidatur dieser Liste übernahm der ehemalige Atomunterhändler Ali Larijani, der im vergangenen Oktober aufgrund

\* **Marcus Michaelsen** promoviert derzeit im Fach Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt über das Internet im Transformationsprozess der Islamischen Republik Iran .

von Meinungsverschiedenheiten mit Ahmadinejad aus dem Amt geschieden war. Auch auf Reformerseite traten zwei Listen an: einmal die hauptsächlich aus Anhängern des ehemaligen Präsidenten Mohammad Khatami bestehende „Koalition der Reformer“, zu deren prominentesten Gruppierungen die progressive Partizipationsfront (*Jebhe-ye Mosharekat*) zählt. Zum anderen die zentristisch-gemäßigte Partei „Nationales Vertrauen“ (*E'temad-e Melli*) von Mehdi Karroubi, Parlamentspräsident im 6. Majles.

Die vorläufigen Endergebnisse wurden noch vor den wenige Tage nach der Wahl beginnenden persischen Neujahrsferien verkündet. Insgesamt gewannen 225 Kandidaten im direkten Anlauf einen Parlamentssitz, die übrigen müssen sich Ende April einer Stichwahl stellen. Da die unterschiedlichen Listen teilweise mit gemeinsamen Kandidaten antraten, bleiben Zahlen zur Fraktionsstärke nur ungenau. Besonders zwischen den beiden konservativen Blöcken im zukünftigen Majles ist mit Loyalitätswechseln zu rechnen. Zudem beeilten sich alle Beteiligten, die Ergebnisse jeweils zu ihren Gunsten zu interpretieren.

So beanspruchte etwa Innenminister Pourmohammadi kurz nach der Wahl zwei Drittel des neuen Parlaments für die Konservativen, ohne dabei auf deren interne Spaltung einzugehen. Die regierungsnahen „Vereinte Front der Prinzipientreuen“ verfügt jedoch keineswegs über die absolute Mehrheit: zwar konnte sie mehr als 80 Abgeordnete ins Parlament bringen, doch gingen auch 70 Sitze an die kritischen Konservativen der „Übergreifenden Koalition der Prinzipientreuen“. Die Reformer gewannen insgesamt 34 Sitze, außerdem kommen 26 ihrer Kandidaten in die zweite Runde. Damit könnten sie ihre alte Fraktionsstärke wieder erreichen. Darüber hinaus ziehen ungefähr 30 unabhängige Kandidaten ins Parlament, die ebenfalls eher regierungskritische Positionen vertreten dürften.

In der Hauptstadt Teheran zeigen die Bewerber traditionell ein schärferes politisches Profil. Von 19 Kandidaten, die hier direkt einen Sitz gewannen, gehören 10 zur Liste der Ahmadinejad-Anhänger, 8 sind gemeinsame Kandidaten beider konservativer Listen. Vertreter der Reformlisten finden sich erst

unter den Teilnehmern der Stichwahl für die restlichen 11 Sitze der Hauptstadt. Erwähnenswert ist allerdings, dass die Anzahl der tatsächlich für die Spitzenkandidaten der Reformer abgegebenen Stimmen sich im Vergleich zur letzten Wahl verdoppelt hat. Dies könnte an der wirtschaftspolitisch deutlich verbesserten Programmatik sowie dem politischen Rang der Teheraner Reformkandidaten liegen: einige waren Funktionsträger vorheriger Regierungen.

Die Wahlbeteiligung lag laut iranischem Innenministerium bei 57 Prozent; in der Hauptstadt Teheran allerdings unter 40 Prozent. Sie war damit höher als bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2004 (51%). Angesichts der in Iran verbreiteten Politikverdrossenheit meldeten einige Beobachter Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben an. Tatsache ist jedoch, dass das Regime über Staatsmedien, Moscheen, religiöse Vereine und paramilitärische Organisationen eine beachtliche Anzahl Wähler zu mobilisieren vermag. Außerdem sehen Teile der Bevölkerung den Urnengang nach wie vor als einziges Mittel der Einflussnahme. Mit wachsender sozialer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit ist die Wahlstimme vor allem für einfache Iraner eine Möglichkeit, ihre Ansprüche zu manifestieren und Politikern gegebenenfalls einen „Denkzettel“ zu verpassen.

Alle Fraktionen hatten im Vorfeld die Bevölkerung zu einer hohen Wahlteilnahme aufgerufen – wenn auch mit unterschiedlichen Motiven. Für die konservative Machtelite bilden Wahlen ein wichtiges Mittel der äußeren Legitimation. In diesem Sinne dankte Revolutionsführer Khamenei den Bürgern für ihre zahlreiche Präsenz, mit der sie „die psychologische Kriegsführung des Feindes“ zunichte gemacht hätten. Die Reformgruppen hingegen trifft eine niedrige Beteiligung zuerst, da abstinente Wähler meist aus den Reihen ihrer potentiellen Anhänger, der modernen Mittelklasse stammen.

Nachdem während der letzten Kommunalwahlen im Dezember 2006 Unregelmäßigkeiten beim Wahlablauf kritisiert wurden, bemühte sich das verantwortliche Innenministerium dieses Mal deutlich, eine ordnungsgemäße Durchführung der Abstimmung zu betonen. Gleichwohl beklagten

Reformpolitiker, dass ihre Beobachter ebenso wie Journalisten nicht Zugang zu allen Wahllokalen erhalten hätten. Außerdem sollen Anhänger Ahmadinejads noch an den Urnen für ihre Kandidaten geworben haben. Auch in der Hauptstadt stimmen vor den Wahllokalen durchgeführte Umfragen nicht mit den verkündeten Ergebnissen überein. In einem Brief an den mit der Oberaufsicht über die Wahlen betrauten Wächterrat haben die Reformpolitiker Khatami und Karroubi eine Neuzählung der Teheraner Stimmzettel gefordert.

### **Auslese der Kandidaten**

Entscheidend beeinflusst wurde das Wahlergebnis allerdings schon vor dem Urnengang. Von 7.200 Kandidaten, die sich für die Wahl angemeldet hatten, ließ der konservative Wächterrat letztlich nur 4.500 zu. Besonders heftig trafen die Disqualifizierungen Kandidaten der Reformgruppen, von denen unterschiedlichen Schätzungen zufolge mehr als die Hälfte zurückgewiesen wurde. Vor allem die progressiven Reformer der Partizipationsfront sahen sich von einer Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen. Doch auch Vertreter gemäßiger Positionen waren von den Ablehnungen betroffen, darunter hochrangige Funktionäre der Regierungen Khatami und Rafsanjani sowie amtierende Parlamentarier der moderaten Minderheitsfraktion. Schließlich richtete sich die erste Runde der Zurückweisungen sogar gegen einige Abgeordnete der konservativen Mehrheit im derzeitigen Parlament, die sich durch Kritik an der Amtsführung von Ahmadinejad hervorgetan hatten. Häufigste Begründung für diese Nichtzulassungen war „mangelnde Loyalität und Hingabe“ für den Islam und das politische System der Islamischen Republik.

Die – politisch motivierte – Auslese von Wahlkandidaten durch den Wächterrat stellt in Iran keine Neuigkeit dar. Bemerkenswert war allerdings die Einmischung untergeordneter Kommissionen in den diesjährigen Selektionsprozess. Die so genannten Exekutivgremien (*hey'at-e ejra'i*) unterstehen dem mit der Durchführung der Wahlen betrauten Innenministerium und werden auf lokaler Ebene in den Wahlkreisen gebildet. Normalerweise prüfen sie die Anmeldungen auf formale Kriterien und ergänzen die Akten u. a. durch Auskünfte von Informationsministerium, Staatsanwaltschaft und

Polizei. Die tatsächliche Eignung der Kandidaten wird danach durch die Überwachungsgerichte (*hey'at-e nezari*) auf Provinzebene sowie in einer abschließenden Prüfung durch den Wächterrat festgestellt. Zu ersten massiven Zurückweisungen kam es jedoch schon nach der anfänglichen Kontrolle durch die Exekutivgremien. Weit reichenden Protesten zum Trotz erhöhte sich die Zahl der Ablehnungen im nächsten Schritt noch und erst der Wächterrat ließ vereinzelt ursprünglich abgelehnte Kandidaten wieder zu.

In dieser Vorgehensweise zeigten sich deutlich die strategischen Vorkehrungen der Regierung Ahmadinejad. Nach seinem Amtsantritt hatte der Präsident die Schlüsselposten für Innenpolitik in seinem Kabinett mit Gleichgesinnten besetzt. Innenminister Pourmohammadi steht Geheimdienstkreisen nahe, die Ende der 1990er die Ermordung von kritischen Intellektuellen inszeniert haben. Durch umfangreiche Personalwechsel verschaffte er radikalen Kräften Zugang bis zu den unteren Ebenen der Administration. Mehr als die Hälfte der durch das Innenministerium ernannten Provinzgouverneure hat ebenso wie der Hauptverantwortliche für die Durchführung der Wahlen, Alireza Afshar, eine Vergangenheit in den Revolutionsgarden, die im Iran eine parallele Struktur zur Armee bilden und direkt Revolutionsführer Ali Khamenei unterstehen.

Zwar waren schon in den letzten Monaten Sorgen über mögliche Wahlbeeinflussungen durch die Regierung laut geworden, doch zeigten sich jetzt breite Teile des politischen Spektrums über deren Ausmaß bestürzt. Selbst hochrangige Vertreter der Konservativen wie Ayatollah Makarem-Shirazi oder der ehemalige Befehlshaber der Revolutionsgarden, Mohsen Rezai, äußerten Besorgnis über die große Anzahl der Zurückweisungen. Der Parlamentsabgeordnete Tavakoli, selbst Kandidat auf der Liste der Ahmadinejad-Anhänger, warf dem Innenministerium Engstirnigkeit und Unprofessionalität vor.

### **Reformer: Teilnahme oder nicht?**

Auf Seiten der Reformer bezeichnete Mostafa Tajzadeh, führendes Mitglied der Partizipationsfront, das Vorgehen des Wächterrats als „samtenen Staatsstreich“, mit dem die Machtelite

nicht nur die Reformpolitik, sondern jegliche Veränderung überhaupt blockiere. Die Reformgruppen standen mit der Ablehnung eines Großteils ihrer Repräsentanten vor existenziellen Fragen. In vielen Wahlkreisen konnten keine Listen mehr aufgestellt werden, nachträglich zugelassene Kandidaten waren ohne politische Erfahrung und zumeist unbekannt. Zudem nahmen einige der wenigen hochrangigen Vertreter Abstand von ihrer Kandidatur. Einerseits wurde befürchtet, durch eine Teilnahme das rücksichtslose Vorgehen der politischen Gegner und die orchestrierten Wahlen insgesamt zu legitimieren. Damit ging auch die Angst vor einem wachsenden Verlust an Glaubwürdigkeit bei potentiellen Wählern innerhalb der auf liberale Öffnung hoffenden Bevölkerungsgruppen einher. Andererseits drohte bei Nichtbeteiligung die Beseitigung von der politischen Bühne: Die Machtelite um den Revolutionsführer signalisierte, dass ein Wahlboykott gleichbedeutend mit der Ablehnung des Systems und damit ein Schritt in eine politische Grauzone sei. Halblegale Oppositionsgruppen wie die Freiheitsbewegung (*Nehzat-e Azadi*) unter Ebrahim Yazdi, 1979 noch Außenminister der ersten Regierung nach der Revolution, fristen hier seit Jahrzehnten ein einflussloses Dasein.

Für den ehemaligen Parlamentspräsidenten Karroubi kam ein Boykott von Anfang an nicht in Frage; er bemühte sich hinter den Kulissen um die nachträgliche Zulassung der Kandidaten seiner Partei „Nationales Vertrauen“, die mit eigenen Listen antrat. Auch Ex-Präsident Khatami plädierte für eine aktive Wahlteilnahme, um die Reformbewegung innerhalb der politischen Institutionen am Leben zu erhalten. Die hinter ihm stehende „Koalition der Reformer“ entschloss sich letztlich zu einer begrenzten Teilnahme in den konkurrenzfähigen Wahlkreisen. Progressive Reformer, die aus Protest gegen die Ablehnungen zunächst mit unvollständigen Wahllisten antreten wollten, wurden innerhalb der aus mehr als zwanzig Vereinigungen bestehenden Koalition überstimmt. Mit Öffnung ihrer Listen für unabhängige Kandidaten konnte die Reformkoalition um lediglich 130 Sitze des Parlaments konkurrieren.

### **Zäher Wahlkampf**

Die Berichterstattung bezeichnete die Stimmung vor den Wahlen allgemein als wenig enthusiastisch. Dies lag neben wirtschaftlichen Sorgen und dem bevorstehenden persischen Neujahrsfest, welche die Bevölkerung zweifellos beschäftigten, nicht zuletzt auch an der strikten Kontrolle politischer Kommunikation durch die Regierung. Die offizielle Periode des Wahlkampfes wurde lediglich auf die letzte Woche vor der Abstimmung begrenzt. Zudem gaben neue Richtlinien des Innenministeriums strenge Auflagen für Plakate und Broschüren der Kandidaten. Bis zuletzt blieben viele Reformpolitiker über ihre Zulassung im Ungewissen und konnten sich kaum den Wählern vorstellen. Auffallend war das Fehlen religiöser Losungen sowie konkreter Politikziele in der Wahlwerbung aller Fraktionen. Anstatt dessen appellierte man vermehrt an das Nationalgefühl der Iraner.

In den Massenmedien stand die Mobilisierung der Bevölkerung für eine breite Wahlteilnahme im Vordergrund. Gleichwohl wird die Parteilichkeit des iranischen Staatsfernsehens, das unter der Kontrolle regierungsnaher Akteure steht, immer wieder von Seiten der Opposition beklagt. Deren Vertreter erhalten nur ein Minimum des offiziell allen politischen Gruppierungen zustehenden Programmolumens, meist mit unvorteilhaften Sendezeiten oder -formaten. Insofern beschränkt sich der Medienzugang von Reformpolitikern auf wenige Tageszeitungen sowie das Internet. Ein Teil der reformorientierten Onlinemedien wird allerdings für das iranische Publikum blockiert.

### **Streit um Khomeinis Erbe**

Trotz dieser Einschränkungen flammten innerhalb der politischen Elite heftige Auseinandersetzungen auf – Ausdruck fraktioneller Rivalitäten ebenso wie von Grundsatzdebatten zur Ausrichtung des politischen Systems. Im Februar bezeichnete der Oberkommandeur der Revolutionsgarden, Mohammad Ali Jafari, in einer Rede vor Mitgliedern der paramilitärischen Jugendorganisation Bassij die Unterstützung regierungstreuer Kandidaten als „unumgänglich“, ja „göttliche Pflicht“. Wenig später legte ein anderer ranghoher Militär nach und attackierte die Reformer wegen angeblicher Annäherungsversuche an den Westen. Daraufhin erklärte Hassan Khomeini, Enkel des Gründungs-

vaters der Islamischen Republik, dass für ihn die momentan augenfälligste Abweichung von den Ideen seines Vorfahren der zunehmende politische Einfluss des Militärs sei. Im Gegenzug sah er sich einer Hetzkampagne regierungsnaher Webseiten ausgesetzt, die ihn als Vertreter einer privilegierten Elite diffamierten. Empört wiesen altgediente Regimegrößen, unter ihnen Rafsanjani und Karroubi, die Angriffe zurück. Persönliche Erinnerungen und Schriften Khomeinis wurden zitiert, um dessen strikte Ablehnung der Vermengung von militärischer und politischer Macht zu unterstreichen. Die Diskussion gipfelte schließlich im Tod von Khomeinis langjährigem Weggefährten Ayatollah Tavassoli, der sich bei der Verteidigung seines Gedenkens derart in Rage redete, dass er einen Herzinfarkt erlitt.

### Politische Fraktionen

Die Debatte reflektierte einen Machtkonflikt, der auch zukünftig die Islamische Republik prägen wird. Die klerikale Revolutionselite sieht ihre Stellung mehr und mehr von einer jüngeren Generation Politiker in Frage gestellt. Häufig geprägt durch einfache Herkunft und Militärkarriere, fordern diese unter dem Schlagwort der „Prinzipientreue“ (*osulgera'i*) den Erhalt der revolutionären Ideologie und wenden sich gegen liberale Einflüsse in Politik und gesellschaftlichem Alltag. Der Amtsantritt von Ahmadinejad hat den radikal-konservativen Kräften die Türen staatlicher Institutionen geöffnet, so dass sie zunehmend selbstbewusster auftreten. Aufgrund ihrer bedingungslosen Anerkennung der absoluten Vorherrschaft des Revolutionsführers (*velayat-e faqih motlaq*) können die Prinzipientreuen bislang auf die Unterstützung der konservativen Machtelite in Wächterrat und anderen nicht wählbaren Institutionen des Regimes zählen. Interessant ist hierbei, dass mit dem wachsenden Einfluss fundamentalistischer Auslegungen der iranischen Staatsdoktrin die Berufung auf Khomeini für gemäßigte Kräfte wieder verstärkt ein Legitimationsmittel im politischen Diskurs bildet.

Unter der Bezeichnung „Prinzipientreue“ sammeln sich allerdings verschiedene Akteure, die zwar in ihren ideologischen Grundeinstellungen größtenteils übereinstimmen, sich jedoch in Fragen des

Politikstils und aufgrund persönlicher Rivalitäten voneinander unterscheiden. Neben den radikal-konservativen Hardlinern vom Typus Ahmadinejad hat in den Wahlen eine Fraktion gemäßigter Prinzipientreuer auf sich aufmerksam gemacht.

Innerhalb dieser Orientierung dürfte sich zweifellos Ali Larijani zu einem wichtigen Rivalen Ahmadinejads entwickeln. Er hat in der religiösen Stadt Qom mit Unterstützung einflussreicher Klerikervereinigungen mehr als 70 Prozent der Wählerstimmen gewonnen und verfügt somit über ausreichend Rückhalt, um den Posten des Parlamentspräsidenten für sich zu reklamieren. Auf diesem Weg könnte Larijani eine Kandidatur zu den nächsten Präsidentschaftswahlen vorbereiten, für die ihm nach seiner Niederlage gegen Ahmadinejad im Sommer 2005 neuerliche Ambitionen nachgesagt werden. Der 50jährige entstammt einer bekannten Theologenfamilie und pflegt enge Beziehungen zum Revolutionsführer, der seinen Rücktritt vom Posten des Atomunterhändlers billigte. Möglicherweise suchte der stets um Ausgewogenheit bemühte Khamenei so Larijani die Gelegenheit zu mehr innenpolitischer Aktivität zu geben, um einen ihm loyalen Gegenpol zu Ahmadinejad zu schaffen. Tatsächlich kündigte Larijani nach der Wahl eine stärkere Rolle des Parlaments an: Der Sieg solle die Prinzipientreuen nicht zur Arroganz verleiten, vielmehr habe nun die Lösung nationaler Probleme Priorität.

Ein weiterer Vertreter der gemäßigten Konservativen ist der derzeitige Bürgermeister Teherans, Mohammad Baqer Qalibaf. Auch er unterlag Ahmadinejad in den letzten Präsidentschaftswahlen und gilt als dessen erbitterter Gegner. An der Spitze der Millionenmetropole Teheran hat sich der ehemalige Polizeichef erfolgreich als effizienter Modernisierer präsentiert. Nach den letzten Kommunalwahlen wurde er sogar mit den Stimmen einiger Reformabgeordneter der Stadtverwaltung im Amt bestätigt. Qalibaf, der sich selbst gern einen „reformerischen Prinzipientreuen“ nennt, bezeichnete diese Zusammenarbeit kürzlich als mögliches Modell für das ganze Land.

Auffallend zurückhaltend zeigte sich in den Wahlen die politische Mitte, also das Umfeld des früheren Präsidenten Hashemi Rafsanjani, der fraglos den

gewichtigsten Kritiker der Regierung Ahmadinejad stellt. Offenbar wollte der erfahrene Machtpolitiker zunächst die politische Wetterlage nach dem Urnengang abwarten, um dann mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen wieder deutlicher Position zu beziehen. Dafür spricht auch das Verhalten seines Mitstreiters Hassan Rohani, ebenfalls ein ehemaliger Atomunterhändler. Rohani soll von zahlreichen Regimegrößen zu einer Kandidatur gedrängt worden sein, lehnte aber ab, da er laut eigenem Bekunden nicht „die nötige Geduld“ für die Arbeit im Majles besitze. Gewiss widerstrebten Rohani die zu erwartenden tagespolitischen Streitereien mit Ahmadinejad, dessen – aus seiner Sicht – kurzfristige Außen- und Wirtschaftspolitik er immer wieder heftig angegriffen hat und den er deshalb kaum als ebenbürtig empfinden kann.

Als Vertreter der pragmatischen Mitte plädiert Rohani für einen realistischen und vertrauensbildenden Umgang mit dem Ausland. Innenpolitisch soll die verbesserte Leistungsfähigkeit des politischen Systems für mehr Anerkennung in der Bevölkerung und insgesamt eine erhöhte Stabilität sorgen. Hier finden sich durchaus Berührungspunkte mit einigen gemäßigten Prinzipientreuen. Zu einer möglichen Präsidentschaftskandidatur äußerte sich Rohani bislang nicht.

Die Reformer haben angesichts der ihnen auferlegten Einschränkungen ein annehmbares Wahlergebnis erzielt. In einigen Wahlkreisen außerhalb Teherans konnten Reformkandidaten deutlich mehr Stimmen als ihre konservativen Konkurrenten gewinnen. In diesem Sinne betonte die Partizipationsfront den Erfolg der „protestierenden Teilnahme“, mit der eine Minderheit im Parlament gesichert und gleichzeitig auf die Kandidatenauslese hingewiesen werden konnte. Fraglich ist jedoch, welche Rolle eine reformorientierte Minderheitsfraktion im Parlament überhaupt zu spielen vermag. Vorstellbar sind gelegentliche Zweckbündnisse mit unabhängigen und gemäßigt konservativen Abgeordneten, über die Einfluss auf die Regierungsarbeit ausgeübt werden kann.

Gleichwohl bestätigten die Wahlen eine Kluft innerhalb des Reformerlagers. In verschiedenen Interviews distanzierte sich der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karroubi deutlich von den

progressiven Gruppierungen. Deren Abgeordnete hatten im reformorientierten 6. Parlament mit einem Sitzstreik gegen die Kandidatenauslese durch den Wächterrat protestiert. Karroubi warf ihnen vor, während ihrer Amtszeit die religiöse Komponente des politischen Systems in Frage gestellt und so erst einen reaktionären Gegenschlag von Seiten der Konservativen provoziert zu haben. Mit seiner Partei plädiert Karroubi dagegen für eine konziliante Linie, die die Toleranzgrenzen der konservativen Machtelite respektiert. In den letzten Präsidentschaftswahlen hatte Karroubi unerwartet hohe Stimmzahlen erreicht, da er neben Ahmadinejad als einziger Kandidat gezielt die einfache Bevölkerung ansprach. Der 69jährige Geistliche hat angekündigt, die Arbeit seiner Partei auszuweiten und wird höchstwahrscheinlich im kommenden Jahr noch einmal selbst antreten.

Die progressiven Reformer finden sich somit an den äußeren Rand des politischen Spektrums gedrängt. Tatsächlich hatte der Revolutionsführer vor der Wahl klargestellt, dass keiner der „Extremisten“ aus dem 6. Majles auf eine erneute Zulassung hoffen könne. Einziger Schirmherr dieser Fraktion bleibt Mohammad Khatami, dessen erneute Präsidentschaftskandidatur wieder des Öfteren diskutiert wird. Dies erscheint jedoch angesichts der von Khatami am Ende seiner zweiten Amtszeit offen bekundeten Frustration über die Reformblockaden eher unwahrscheinlich. Solange die Reformer Uneinigkeit und programmatische Schwächen nicht überwinden, können sie kaum auf eine stärkere Rolle im politischen Prozess hoffen.

## **Bewertung und Ausblick**

Im Machtgefüge der Islamischen Republik nimmt das Parlament hinter Institutionen wie dem Wächter- und Feststellungsrat nur eine zweitrangige Stellung ein. Insofern ist nach den Wahlen nicht mit einem Kurswechsel der iranischen Politik zu rechnen. Gleichwohl spielt der Majles eine wichtige Rolle einerseits für den Anstoß nationaler Debatten und andererseits für die Aufsicht der Regierungsarbeit. Ahmadinejad hat sich im Laufe seiner Amtszeit wiederholt über Widerstand aus dem Parlament beschwert. Die Abgeordneten bereiteten ihm Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seines Haushalts und einiger Kabinettsmitglieder. Auch Diskus-

sionen über die Wirtschaftspolitik des Präsidenten wurden im Parlament geführt. Deshalb strebte Ahmadinejad einen konformeren Majles an, um seine politische Linie konsequenter durchsetzen zu können. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: die Kandidaten aller Fraktionen haben die Schwäche des alten Parlaments kritisiert und zukünftig eine stärkere Einmischung in die Regierungsarbeit versprochen. Mit einem starken Block regierungskritischer Konservativer im Parlament hat Ahmadinejad im letzten Jahr seiner ersten Amtsperiode deutlich weniger Spielraum zur Verfügung und muss mit Schwierigkeiten für seine Wiederwahl rechnen.

Somit geht vor allem der Revolutionsführer Ayatollah Khamenei als klarer Sieger aus der Parlamentswahl hervor. Die Wahlen haben noch einmal das beachtliche Mobilisierungspotential des Regimes vor Augen geführt. Zudem erkennen die Abgeordneten des neuen Parlaments die Führungsrolle Khameneis uneingeschränkt an. Diejenigen Reformakteure, die seine und die Autorität anderer konservativer Machtbastionen hinterfragten, sind nunmehr einflusslos. Die jahrelange Auseinandersetzung zwischen Reformern und Konservativen hat sich vorerst weit in den konservativen Flügel der politischen Elite hinein verlagert. Das politische System der Islamischen Republik und die Stellung ihres obersten Führers erscheinen gefestigt. Und als wolle er auf dieser stabilen Basis aufbauen, stellte Khamenei das neue persische Jahr unter das Motto „der Erneuerung und des Aufblühens“.

Kritisch zu beurteilen ist der Machtzuwachs radikalkonservativer Kräfte aus Militär und Geheimdienst. Legitimiert durch eine religiös-nationalistische Ideologie profitieren sie von einer konfrontativen Außenpolitik und können über Bedrohungsszenarien ihre Stellung nach innen festigen. Nicht umsonst bildet der Vorwurf des Landesverrats den häufigsten Vorwand für die Repression von Zivilgesellschaft und moderaten Politikern. Die Revolutionsgarden zeigen sich damit verstärkt als ein Akteur im politischen Prozess, mit dem auch in Zukunft zu rechnen ist. Effizient organisiert, haben sie enormen wirtschaftlichen Einfluss erlangt und streben nunmehr nach politischer Macht. Fraglich bleibt, inwieweit die Regimeelite zum Zwecke des eigenen Machterhalts noch

zu Zugeständnissen an die Revolutionsgarden bereit ist und bereit sein kann. Interne Debatten ebenso wie die Formierung einer breiten gemäßigt konservativen Fraktion verdeutlichen, dass durchaus Widerstand gegen den Vormarsch der Hardliner besteht.

Angesichts dieser Entwicklungen muss für eine europäische Iranpolitik die realistische Anerkennung der Islamischen Republik in ihrer aktuellen Form im Vordergrund stehen. Ein vorurteilsfreier Kontakt zu gemäßigten – nicht zwangsläufig reformorientierten – Vertretern der politischen Elite kann eine Verhärtung der Fronten auf beiden Seiten verhindern. Pragmatische Akteure in Iran müssen die Chance erhalten, umfassende Gespräche mit dem Westen innenpolitisch als lohnenswerte Option darzustellen. Aufgrund der vorherrschenden Drohkulisse konnten Annäherungen von den Hardlinern bislang als unverantwortlich abgestempelt werden. Hinzu kommt, dass die iranische Regierung die Sanktionen immer wieder erfolgreich als Grund für wirtschaftliche Engpässe darstellen konnte und somit seitens der Bevölkerung wenig Verständnis für eine harte Haltung des Westens zu erwarten ist. Die iranische Zivilgesellschaft dürfte auch weiterhin starkem autoritärem Druck ausgesetzt sein. Zwar sollte dies von europäischer Seite deutlicher als bisher thematisiert werden, doch hat sich eine direkte Unterstützung politischer Initiativen eher als kontraproduktiv erwiesen. Nichtsdestotrotz bieten Kooperationen in den Bereichen von Bildung, Kultur, Umweltschutz und ländlicher Entwicklung durchaus Möglichkeiten zur Vertrauensbildung und einer Stärkung des nichtstaatlichen Sektors.

Berlin, 10. April 2008

## Die Wahlen zum 8. iranischen Parlament (Majles):

Wahltag: 14. März 2008 (Die Stichwahl ist derzeit für den 25. April geplant)

Wahlbeteiligung: offiziell 57 Prozent, ca. 25 von 44 Millionen Stimmberechtigten

### Wichtigste Fraktionen

**Vereinte Front der Prinzipientreuen** – Unterstützer von Staatspräsident Ahmadinejad, u. a. Gholam Ali Haddad Adel (derzeit. Parlamentspräsident) und Mohammad Reza Bahonar (Parlamentsvizepräsident).

**Übergreifende Koalition der Prinzipientreuen** – Konservative Kritiker der Regierung Ahmadinejad hinter Ali Larijani, Mohammad Baqer Qalibaf (Bürgermeister Teherans), Mohsen Rezai (Sekretär des Feststellungsrats).

**Partei des Nationalen Vertrauens** – Gemäßigt reformorientierte Partei von Mehdi Karroubi (ehemaliger Parlamentspräsident).

**Koalition der Reformer** – Anhänger von Ex-Präsident Mohammad Khatami, Zusammenschluss aus u. a. progressiven Reformern und wirtschaftsliberalen Moderaten.

**Partei der Ausgewogenheit und Entwicklung** – Anhänger von Hashemi Rafsanjani und Hassan Rohani, pragmatisch und wirtschaftsliberal.

## Glossar – Ausgewählte Institutionen der Islamischen Republik:

**Wächterrat:** Das von Konservativen kontrollierte Gremium entscheidet über die Konformität der Gesetzgebung mit Verfassung und Islam. Der Wächterrat kontrolliert die Kandidaten und den Ablauf von Wahlen. Die zwölf Juristen, unter ihnen sechs Theologen, werden direkt oder indirekt vom Revolutionsführer ausgewählt. Der Wächterrat hat seine Befugnisse nach Khomeinis Tod ausgeweitet und immer stärker zugunsten favorisierter Fraktionen in den politischen Prozess eingegriffen.

**Feststellungsrat:** Der „Rat zur Feststellung der Interessen des Systems“, auch Schlichtungsrat genannt, berät den Revolutionsführer und vermittelt bei legislativen Streitfragen zwischen Wächterrat und Parlament. Derzeitiger Vorsitzender ist Hashemi Rafsanjani, die Mitglieder des Rates werden durch den Revolutionsführer bestimmt. Dieser hat im Oktober 2005 seine Weisungs- und Aufsichtsbefugnis über die drei Regierungsgewalten an den Feststellungsrat abgetreten.

**Expertenrat:** Die 86 Mitglieder des Expertenrats, allesamt Kleriker, beaufsichtigen die Amtsführung des Revolutionsführers und bestimmen seinen Nachfolger. Sie werden alle acht Jahre direkt vom Volk gewählt, Kandidaten müssen sich aber einer Prüfung durch den Wächterrat unterziehen. 2007 erlangte Rafsanjani auch den Vorsitz des Expertenrats.

**Oberster Nationaler Sicherheitsrat:** Der Sicherheitsrat hat in Abstimmung mit dem Revolutionsführer richtungweisende Kompetenz in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Der Sekretär des Gremiums, gleichzeitig Repräsentant des Revolutionsführers, ist mit der Verhandlungsführung im Atomkonflikt beauftragt. Nach dem Rücktritt von Ali Larijani übernahm ein Parteigänger Ahmadinejads, Said Jalili, diese Funktion.

### **Ansprechpartner:**

Achim Vogt  
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

[Achim.Vogt@fes.de](mailto:Achim.Vogt@fes.de)  
Tel: 030 / 26935-717  
Fax: 030 / 26935-757